

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

P R O T O K O L L
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
20.03.2025	19:00 Uhr	21:59 Uhr	Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER

ORTSAMT:	Inga Köstner (Vorsitz) Charlotte Eckardt (Protokoll)
BEIRAT:	Birgit Bäuerlein, Julian Brauckhoff, Dirk Eichner, Philipp Eilers, Paul Ditter, Ralph Draeger, Dr. Harald Graaf, Claus Gülke, Larissa Gumgowski, Ingrid Porthun, Claudia Roller, Manfred Steglich, Gudrun Stuck
ENTSCHULDIGT:	Katy Blumenthal, Alicia Leidreiter
GÄSTE:	Simone Geßner (Senatorin für Wirtschaft Häfen und Transformation, Referatsleiterin für Gewerbe- und Regionalplanung) Anne Mögenburg und Anke Werner (Wirtschaftsförderung Bremen)

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.02.2025
3. **Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie „Horner Spitze“**
4. Anträge des Beirates
 - Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter im Punkt Stadtteilbudget – Antrag der SPD (10.03.2025)
 - Kita-Ersatzstandort in Horn-Lehe – Antrag der SPD (12.03.2025)
5. Globalmittel – Vergabe von Beiratsmitteln (gegen 21 Uhr)
 - BM 09/2025 - Erweiterung des Medienbestandes, Antrag Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e.V., Antrag über 1.500 € (gesamt: 3.189,05 €)
 - BM 10/2025 - Erneuerung der Sitzbänke und Stühle auf dem Spielplatz in der Parkerweiterung, Stiftung Bremer Rhododendronpark, Antrag über 2.388,30 € (gesamt: 2.388,30 € plus Montage in Eigenleistung)
6. Wünsche, Fragen und Anregungen der Öffentlichkeit in Stadtteilangelegenheiten
 - Bürgerantrag zur Sicherstellung der Versorgung der Kinder in den Kindertagesstätten der Bremischen Evangelischen Kirche - Miriam Baierl (07.03.2025)
7. Mitteilungen des Beiratssprechers / Ortsamtes
8. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Mitglieder des Beirates, die Gäste, die Presse und das Publikum zur Sitzung.

Beschluss:	Die Tagesordnung wird ohne Änderung und/oder Ergänzungen genehmigt. (einstimmig)
-------------------	---

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des Beirates Horn-Lehe vom 20.02.2025

Beschluss:	Das Protokoll der Sitzung des Beirates vom 20.02.2025 wird ohne Änderung und/oder Ergänzungen genehmigt. (einstimmig)
-------------------	--

Zu TOP 3: Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie „Horner Spitze“

Frau Köstner leitet ein, dass sich der Beirat erstmalig im Jahr 2022 mit dem Thema Horner Spitze beschäftigt hat. In der Januar-Sitzung 2022 wurden die Pläne aus dem Gewerbeentwicklungsplan 2030 (GEP 2030) vorgestellt. Im Mai desselben Jahres kamen die Gegner und im Juni die

Befürworter der Bebauung in den Beiratssitzungen zu Wort. Im Jahr 2023 folgte eine Befassung im Senat und in der Bürgerschaft, woraufhin eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben wurde.

Frau Geßner stellt die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vor, die von der Senatorin für Wirtschaft, in Zusammenarbeit mit dem Bau- und dem Umweltressort erarbeitet wurde. Das Erstellen der Studie dauerte so lange, weil die Flora und Fauna über zwölf Monate hinweg betrachtet werden müssen, um den Eingriff in die Natur bewerten zu können. Mit dem GEP 2030 fiel die Entscheidung, die Horner Spitze als Potentialfläche für die Gewerbeentwicklung näher zu untersuchen. Die grundsätzliche Frage ist, wohin sich Bremen wirtschaftlich entwickeln kann. Die Horner Spitze ist neben der Airport-Stadt die potentiell beste Möglichkeit für die Weiterentwicklungen der Schlüsselindustrien Luft- und Raumfahrt in Bremen.

Es wurden vier Anforderungen im GEP 2030 für die Entwicklung der Horner Spitze formuliert:

1. Es sollen Synergien zwischen der Universität und den zukünftigen privatwirtschaftlichen Nutzern entstehen.
2. Die gewerbliche Nutzung muss so schonend wie möglich in dem Gebiet erfolgen und auch ökologische Auswirkungen betrachtet werden.
3. Dem Verein Kinder, Wald und Wiese e.V. (KWW) muss eine adäquate Ausgleichfläche angeboten werden.
4. Die Entscheidung über die gewerbliche Entwicklung erfolgt erst nach Abschluss und auf Grundlage der Machbarkeitsstudie.

Der GEP 2030 beruht auf dem Flächennutzungsplan, der bis 2014 in einem breiten Beteiligungsverfahren aufgestellt wurde. Die Nachverdichtung des bestehenden Technologieparks wird bei der Weiterentwicklung auch immer mitgedacht. Das Waldstück, das auf einer Altlast liegt, ist nicht Teil der Entwicklungsfläche. Die verkehrliche Anbindung der Fläche ist außerordentlich gut, mit der Nähe zum Autobahnzubringer, der Lage an der Fahrradpremiumroute und der Straßenbahnlinie 6. Zukünftig soll genau dort der neue Regionalverkehrshaltepunkt der Deutschen Bahn entstehen. Es wurden verschiedenen Erschließungsvarianten geprüft und bewertet, so auch die Erschließung über die H.-H.-Meier-Allee. Diese Variante wird nach der Prüfung ausgeschlossen. Die bevorzugte Variante ist die Erschließung über die Lise-Meitner-Straße mit einer Sackgasse und einem Wendehammer. Vom Technologiepark wird dann eine Unterführung unter der Bahnlinie gebaut, die eine bessere Anbindung des Technologieparks und der Universität an die Innenstadt bewirkt.

Durch den Bau der Fernwärmetrasse in dem Gebiet lag bereits ein Gutachten über den Boden vor, welches aufgegriffen und weiterentwickelt wurde. Wie an vielen Stellen in Bremen gibt der Marschboden nicht die benötigte Standfestigkeit her. Er muss bis in 1,60 Meter Tiefe abgetragen und anderer Boden neu aufgeschüttet werden. Für das Stadtklima wird dem Gebiet eine überwiegend sehr hohe Bedeutung zugesprochen, da es Teil einer Grünschneise ist, die sich vom Stadtwald bis zum Friedhof Riensberg erstreckt und damit kühlende Wirkung auf die umliegenden Wohngebiete hat. Im Rahmen der Bauleitplanung werden die maßgeblichen Entscheidungen, wie hoch Gebäude werden, in welchem Abstand und in welcher Ausrichtung sie zueinanderstehen, welche Dach- und Fassadenbegrünungen erwartet werden, getroffen. Erst mit diesen Parametern lasse sich die Beeinträchtigung der Kaltluftentstehung einschätzen.

Bei der Bewertung der Natur ist der Zustand vor dem Bau der Fernwärmeleitung mitberücksichtigt worden. Es gibt 477 Bäume, von denen 63 geschützt sind. Zwei Pflanzenarten befinden sich auf der Roten Liste. Zehn von 30 Brutvogelarten sind planungsrelevant. Amphibien bilden die wichtigste betrachtete Tiergruppe. Diese befinden sich hauptsächlich im Abzugsgraben am Rande des Geländes.

Dem Verein KiWaWi wird ein Umzug auf das Gelände des Alten Campingplatzes angeboten. Auf dem Gelände werden bereits Angebote der Kinder- und Jugendarbeit vorgehalten. Das Areal bietet u.a. Toiletten, Wasser- und Stromanschluss. Außerdem ist das Areal im Stadtteil Horn-Lehe gelegen und nicht weit entfernt von Schwachhausen. Es gibt mehrere Anbindungen an den Öffentlichen Personennachverkehr (ÖPNV). Die nächste Haltestelle der Linie 6 ist 15 Gehminuten

entfernt. Mittel für die Unterstützung des Vereins bei dem Umzug sind in den Erschließungskosten berücksichtigt.

Die Gesamtkosten werden mit 17,4 Mio. Euro veranschlagt. Darin enthalten sind die Kosten für die Bahnunterführung für 5,6 Mio. Euro. Die Grundstücke werden nach dem Erbbaurecht vermarktet und es entstehen ca. 610 neue Arbeitsplätze. Im besten Fall rentiert sich die Investition zwei Jahre nach Abschluss der Erschließung, im ungünstigsten Fall erst nach acht Jahren. Das Ergebnis der Machbarkeitsstudie attestiert dem Gelände Horner Spitze eine hohe regionalwirtschaftliche Bedeutung. Im nächsten Schritt wird eine Befassung des Senats und anschließend der Bürgerschaft vorbereitet.

Frau Stuck hat viele Fragen zu der Präsentation: Welche Umweltverbände wurden beteiligt? Welche Kosten für die Bodenqualität wurden eingerechnet? Wie sieht es mit dem Kosten-Nutzen-Verhältnis aus? Wann erfolgt die Bauleitplanung? Wie viel Geld ist für den Umzug des Vereins KiWaWi eingeplant? Wie ist es möglich, eine Bahnunterführung für 5,6 Mio. Euro zu realisieren, wenn der Bahnhofpunkt in Oberneuland 15 Mio. Euro gekostet hat? Wurde auch die Nachverdichtung in Bezug auf den ruhenden Verkehr geprüft? Wurden auch die angrenzenden Kleingärten betrachtet? Wo ist die Schmerzgrenze bei zu erwartenden Kostensteigerungen für das Projekt?

Frau Geßner antwortet, dass grundsätzlich keine Umweltverbände bei einer Machbarkeitsstudie beteiligt werden. Die Bodenuntersuchungen wurden mit dem Umweltressort abgestimmt. Es gibt noch Erfahrungswerte aus der Erschließung des Technologiepark Süd. Wenn die politischen Beschlüsse vorliegen, erfolgt als nächstes die Bauleitplanung, wo unter anderem die Stellung der Gebäude festgelegt wird. Für den Umzug des KiWaWi sind 240.000 Euro eingeplant. Der Wert 5,6 Mio. Euro für die Bahnunterführung erfolgte auf Grundlage der Erschließung des Gewerbegebietes Hansalinie (Hemelingen). Die Kleingärten waren nicht Teil der Betrachtung in der Machbarkeitsstudie. Die Universität hat angegeben, dass sie alle Flächen für die eigene Entwicklung braucht, sodass dort kein Potential für Nachverdichtung vorhanden ist. Die anderen Flächen im Technologiepark sind zum größten Teil in der Hand von privaten Firmen. Die Stadt sieht in dem Bereich keine Möglichkeit für weitere Entwicklung. Für die Machbarkeitsstudie wurden worst- und best-case-Szenarien erarbeitet. Im schlimmsten Fall wird mit zusätzlichen Kosten von insgesamt 40 Prozent gerechnet.

Herr Eichner fragt, ob sich die Deutsche Bahn an den Kosten für die Unterführung beteiligt und wie die Erschließung zur Baustelle erfolgt, also wie die Baufahrzeuge auf das Gelände kommen. Frau Geßner meint, dass im best-case-Szenario eine Beteiligung der Bahn eingerechnet wurde, im worst case nicht. Das muss in zukünftigen Gesprächen geklärt werden. Eine konkrete Planung für die Zufahrt auf die Baustelle gibt es noch nicht.

Herr Steglich sagt, dass die hohe klimatische Bedeutung im Vortrag betont wurde. Eine Bebauung würde die Kaltluftschneise unterbrechen. Welche Ausgleichsmaßnahmen und welcher Schutz sind für die geschützte Flora und Fauna geplant. Welche Unternehmen sollen sich im Gewerbegebiet ansiedeln? Herr Steglich äußert die Befürchtung, dass sich hauptsächlich OHB ansiedeln wird, ein Unternehmen, welches auch Rüstungsaufträge bearbeitet.

Frau Geßner erklärt, dass auch andere Entwicklungsgebiete in der Stadt eine hohe klimatische Bedeutung haben und man einen Weg gefunden hat, damit umzugehen. Es gibt erprobte Verfahren, um den Eingriff so gering wie möglich zu halten. Ausgleichsmaßnahmen und -orte werden in der Bauleitplanung definiert. Das Wirtschaftsressort hat noch nicht mit OHB gesprochen. Es ist ein Schlüsselunternehmen für Bremen und die neue Gewerbefläche steht ihnen genauso offen, wie anderen technologieorientierten Unternehmen. Es wird aktuell eine Vermarktungsstrategie vom Wirtschaftsressort erarbeitet.

Herr Gülke fragt, ob der regionalwirtschaftliche Effekt wirklich so hoch einzuschätzen ist. Frau Geßner bestätigt dies. Es werden 610 zusätzliche Arbeitsplätze erwartet. Im Gewerbegebiet Hansalinie gab es weniger gute Voraussetzungen und dieser zeigt bereits regionalwirtschaftliche Effekte.

Herr Eilers möchte wissen, ob es eine Alternative zur Horner Spitze gibt, zum Beispiel die Verlängerung vom Hollergrund. Frau Geßner sagt klar, dass sich der GEP 2030 am Flächennutzungsplan orientiert. Dort ist die Horner Spitze als „Gemischte Baufläche – Prüfbereich“ ausgewiesen. Dahingehend ist die Fläche die einzige Alternative zur Weiterentwicklung des Technologieparks.

Frau Gumgowski fragt, ob die Einschätzung und Bewertung, dass das Gelände auf dem Alten Campingplatz für den Verein KiWaWi eine adäquate Alternative ist, bei der Wirtschaftsbehörde liegt und wann die Machbarkeitsstudie veröffentlicht wird. Frau Geßner sagt, dass die Entscheidung beim Senat und der Bürgerschaft liegt. Aktuell wird eine Senatsvorlage vorbereitet, in welcher die Studie in voller Länge enthalten sein und damit öffentlich wird. Sobald dies geschehen ist, wird Frau Geßner die Unterlagen auch zur Veröffentlichung an das Ortsamt schicken.

Frau Stuck stellt in Frage, ob eine Ausgleichsfläche von 5.000 qm bei derzeit 10.000 qm Fläche für den Verein wirklich adäquat ist. Die Frischluftschneise ist einzigartig, weil sie sich durch mehrere Stadtteile zieht.

Herr Mazur ist im Vorstand vom BUND. Er sagt, dass der Abschlussbericht der Klima-Enquete-Kommission konsequent berücksichtigt werden sollte. Er fragt, ob eine geringere Dichte oder Höhe der Bebauung in Bezug auf die klimatische Bedeutung Auswirkungen hätte. Er will außerdem wissen, ob durch die geplante Bahnunterführung eine Straßenbahn passen würde. Hintergrund ist die Verlängerung der Linie 8. Es gab wohl vor einiger Zeit Pläne, dass diese durch die Kleingärten in Schwachhausen führen soll. Frau Geßner antwortet, dass es keine Pläne zur Verlängerung der Linie 8 gibt und die Unterführung auch nicht als Straßenbahntunnel vorgesehen ist. In der Hanna-Kunath-Straße gibt es ein gutes Beispiel, wie das Stadtklima mitgedacht wird, beispielsweise durch Begrünung, bestimmte Arten der Versiegelung und im Rahmen des Bebauungsplans.

Ein Anwohner fragt, wie hoch der Schaden für den Eingriff in die Kaltluftschneise berechnet wurde. Frau Geßner erklärt, dass sich die Beträge für die Ausgleichsmaßnahmen aus den Erfahrungswerten für andere Bauprojekte ergeben.

Ein weiterer Anwohner meint, dass die Horner Spitze bereits eine Ausgleichfläche für die Straßenbahnlinie 6 ist, woraufhin Frau Geßner sagt, dass das mit bedacht wurde. Die Ausgleichsfläche wird wieder ausgeglichen.

Ein Bürger weist auf die Altlastenfläche hin. Frau Geßner erwidert, dass die Altlastenfläche bestehen bleibt und nicht Teil der Planung ist.

Jemand vom Bündnis für eine lebenswerte Stadt findet es fatal, dass nur die kleine Fläche Horner Spitze betrachtet wird. Es wird Temperatursteigerungen in dem ganzen umliegenden Gebiet geben. Dieser Eingriff kann nicht ausgeglichen werden.

Ein Pächter aus dem Kleingartenverein sagt, dass es mit der Bahnuntertunnelung und der Erschließung über die Lise-Meitner-Straße für den Kleingartenverein keinen Frieden geben wird, da sie nie sicher sein können, dass ihr Gebiet nicht doch irgendwann einverleibt wird. Frau Geßner wiederholt, dass die Erschließung des Kleingartengebiets nicht die Absicht des Ressorts ist.

Ein Bürger merkt an, dass der aktuelle Flächennutzungsplan im Jahr 2014 verabschiedet wurde. Seitdem hat sich das Wissen in der Stadtplanung geändert. Frau Geßner sagt dazu, dass der GEP 2030 aus dem Jahr 2023 stammt. Er bildet die aktuelle politische Linie ab. Als nächstes folgen die politischen Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft. Danach gibt es ein breites Beteiligungsverfahren mit vielen Akteuren für die Bauleitplanung, in welcher Gebäudehöhe und -stellung, Straßenverlauf, Entwässerung, Fassadenbegrünung etc. festgelegt werden und was etwa drei bis vier Jahre in Anspruch nehmen wird.

Herr Bauer (Sachkundiger Bürger) merkt an, dass im Technologiepark aktuell auch nicht ausschließlich technologie- oder universitätsnahe Unternehmen angesiedelt sind. Es gibt auch Zahnärzt:innen, die Sparkasse und eine Schule. Frau Geßner wiederholt, dass die Vermarktungskriterien aktuell erarbeitet werden.

Eine Mutter von Kindern, die den Verein besuchen fragt, ob wirklich alle Flächen im bestehenden Technologiepark in der Hand von Unternehmen sind. Sie sagt, dass der Gewässerrandstreifen freigehalten werden muss. Es gilt für jedes Gewässer ein Verschlechterungsverbot. Frau Geßner bestätigt, dass alle Flächen verkauft sind. Es wurde das Potential für Nachverdichtung untersucht und es gibt nur sehr wenig Möglichkeiten.

Ein Mitglied vom Kinder, Wald und Wiese e.V. fragt, ob Teil der Studie war, wie die pädagogische Arbeit auf dem neuen Gelände ablaufen soll. Frau Geßner sagt dazu, dass die senatorische Behörde davon ausgeht, dass der Verein seine Arbeit auf dem neuen Gelände fortführen kann. Über alles Weitere wird es in Zukunft Gespräche geben.

Ein Bürger fragt, in wie weit die Taktung vom Bus und Bahn und die neue Wegeverbindung inklusive Beleuchtung zum Gelände des Alten Campingplatzes mit in die Baukosten eingerechnet wurden. Wurden noch andere Gewerbegebiete (z.B. Haferwende) für die Erweiterung des Technologieparks untersucht? Wie sind die Entwicklungskosten pro qm und die Amortisierungszeit im Vergleich zu anderen Gewerbegebieten in Bremen? Eigentlich gibt es bundesweit die Linie, dass keine Flächen mehr versiegelt werden sollen. Wie sind die Erfahrungen beim Wirtschaftsressort mit Kostensteigerungen, da öffentliche Bauvorhaben ja oft über den geplanten Baukosten liegen? Frau Geßner erklärt, dass es keinen Durchschnittswert zu Mehrkosten von Bauvorhaben in ihrer Behörde gibt. Sie hat aber bei den von ihr betreuten Erschließungen noch keine erheblichen Mehrkosten erlebt. Die Zahlen beruhen auf einem Regelwerk vom Senator für Finanzen zu Erschließungsmaßnahmen. Nach diesen wird die Wirtschaftlichkeit bewertet. Für die Politik sind aber die Kosten nicht allein ausschlaggebend. Es gibt einen hohen Bedarf an Flächen, gerade auch für mittelständische und Handwerksunternehmen. Den Hinweis auf eventuelle Potentiale beim Gewerbegebiet Horn-Lehe West nimmt sie noch einmal mit, dies wird aber keine Alternative für die Entwicklung des Technologieparks auf der Horner Spitze sein. Der Weg zum Gelände Alter Campingplatz wurde nicht im Detail betrachtet. Dies muss zu gegebenem Zeitpunkt gemeinsam mit dem Verein gemacht werden.

Herr Koppel (Sachkundiger Bürger) fragt, wie fragil die Frischluftschneise ist und ob es schon Einschätzungen zu den Auswirkungen einer Bebauung auf die umliegenden Quartiere gibt. Die Machbarkeitsstudie wurde gemeinsam mit dem Klimaressort abgestimmt, erklärt Frau Geßner. Es gibt aber noch keine genauen Einschätzungen zu den Auswirkungen.

Ein Mitglied im Kleingartenverein stellt in Frage, dass die Erschließung mittels einer neuen Eisenbahnunterführung günstiger sei, als über die H.-H.-Meier-Allee. Frau Geßner sagt, dass auch die Zuwegung von Süden untersucht wurde. Bei dieser Option hätte zusätzlich die bestehende Bahnunterführung umgebaut werden müssen.

Frau Köstner dankt Frau Geßner für das Beantworten der Verständnisfragen. Sie eröffnet die Runde für die Äußerung von (politischen, persönlichen) Ansichten zum Vortrag.

Die Darstellung des Wirtschaftsressorts hat Frau Gumowski nicht von der Sinnhaftigkeit der Entwicklung der Horner Spitze überzeugt, sondern eher das Gegenteil bewirkt. Es wurde nicht überzeugend dargestellt, wie der ökologische Ausgleich aussieht, wie die Kaltluftschneise erhalten bleiben soll und dass der Alte Campingplatz wirklich eine adäquate Fläche für KWW ist. Viele verschiedene Standorte für Jugendangebote im Stadtteil zu haben, ist von Vorteil. Sie ist nicht überzeugt von der Vermarktungsstrategie, da diese auch beim Technologiepark nicht aufgegangen ist.

Herr Steglich hat weiterhin die Befürchtung, dass sich in dem neuen Gebiet vornehmlich die Firma OHB ansiedeln wird. Damit würde man einem Rüstungsunternehmen mehr Raum geben. Sowohl aus ökologischen, als auch friedenspolitischen Gründen kann er nicht für das Projekt sein.

Herr Gülke stellt heraus, dass die Kleingärtner:innen nicht betroffen sind und eine Alternative für den Verein KiWaWi gefunden wurde. Es muss weiterverfolgt werden, wie die Vermarktungsstrategie und die Ausgleichsflächen aussehen werden. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie werden sie im Folgenden in der Fraktion besprechen.

Frau Stuck glaubt nicht, dass bei einer Bebauung die Frischluftschneise erhalten bleibt. Die Alternativfläche für den Verein KiWaWi wäre deutlich kleiner. Die Grünen bleiben bei ihrer Ablehnung der Bebauung der Horner Spitze.

Herr Eilers findet, dass die Beiratssitzung von einer Angst vor Veränderung geprägt ist. Fakt sei, dass es aktuell keine andere Fläche zur Erweiterung des Technologieparks gibt. Er merkt an, dass es ökologische Ausgleichsflächen geben wird, die dadurch eine Aufwertung erfahren.

Herr Ditter plädiert dafür, den in der Studie gemachten Angaben Glauben zu schenken. Er findet es anmaßend, die Grundlagen der Studie in Frage zu stellen, weil einem das Ergebnis nicht gefällt. Es läuft alles auf einen Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie hinaus. Die Ergebnisse, die heute vorgestellt wurden, müssen nun in den Fraktionen besprochen und bewertet werden.

Herr Mazur vom BUND fand die Darstellung der Ergebnisse ebenfalls nicht überzeugend, insbesondere die Einschätzung der Wirtschaftlichkeit. Der Auftraggeber einer Studie bestimmt, wo die Reise hingeht. Im Gewerbegebiet Horn-Lehe West steht zudem schon länger ein Areal / eine große Immobilie leer. Den Folgen für die Natur wurde nicht ausreichend Bedeutung geschenkt. Die Alternative für den Verein KiWaWi ist nicht zumutbar. Der BUND wird sich weiterhin gegen eine Bebauung und weiter Flächenversiegelungen einsetzen.

Herr Stahmann (MdBB) ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Er verweist auf die Überseestadt. Dort ist in den letzten Jahren ein lautes und schmutziges Gewerbegebiet verschwunden. In ganz Bremen gibt es neben der Horner Spitze nur noch die Airport-Stadt, die so viel wirtschaftliches Potential bietet wie die Horner Spitze. Es wird jede Fläche gebraucht, an der sich neue Technologien ansiedeln können. Die SPD hat intern die Machbarkeitsstudie besprochen, abgewogen und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass der Eingriff in die Natur in dem Fall gerechtfertigt ist. Viele Fragen sind noch offen. Es wird im Zuge der Bauleitplanung Antworten darauf geben. Die Flächen werden nicht mehr verkauft, sondern per Erbpacht vergeben. Es gibt in Bremen nur wenige Chancen, so viele Arbeitsplätze herzustellen.

Herr Saxe (MdBB) ist Sprecher der Grünen-Fraktion u.a. für Umwelt. In einer breiten Diskussion wurde im letzten Jahr ein Hitzeaktionsplan für Bremen aufgestellt. Alle Menschen werden älter. Irgendwann werden alte Menschen an einigen Stellen nicht mehr leben können. Es ist nicht verantwortungsbewusst, weiter Flächen zu bebauen. Die Stadt kann es sich nicht erlauben, die Biodiversität an dieser Stelle zu verlieren. Der Verein KiWaWi sagt, dass das Gelände am Alten Campingplatz für sie keine Alternative ist, somit ist eine der Grundvoraussetzungen für die Entwicklung der Fläche nicht erfüllt. Herr Stahmann weist darauf hin, dass die Grünen im Koalitionsvertrag der Untersuchung der Horner Spitze ihre Zustimmung gegeben haben.

Herr Helsner vom Beirat Schwachhausen sagt, dass ihr Stadtteil auch betroffen ist. Es gibt schon einen ablehnenden Beschluss vom Beirat Schwachhausen, welcher nach dem heutigen Vortrag bestimmt erneuert werden wird. Er fragt, warum keine andere Alternative für die Erweiterung des Technologieparks gefunden wird und warum die politische Befassung in einem solchen Eiltempo erfolgt. Er stellt die eingeplanten Kosten für den Tunnel und das Gesamtprojekt in Frage. Frau Eickelberg, die Sprecherin des Beirates Schwachhausen fragt, was passiert, wenn OHB noch mehr Flächen benötigt, als jetzt geschaffen wird. Dann werden die Kleingärten dran sein. Herr

Henschen, ebenfalls Beirat Schwachhausen, wird die Ergebnisse in seiner SPD-Fraktion besprechen, denn ohne Arbeit, können die Menschen auch in Bremen nicht gut leben.

Ein Anwohner versteht nicht, warum die Erweiterung des Technologieparks alternativlos ist. Die Unternehmen, die sich dort ansiedeln sollen, sind digitalisiert, sodass die Nähe zur Universität kein ausreichendes Argument darstellt. Mit dem neuen Bahnhaltepunkt kommen nur Pendler in das neue Gebiet. Abends ist es dann eine Geisterstadt.

Der Schulleiter der Grundschule am Baumschulenweg sagt, dass der pädagogische Wert des Vereins KiWaWi nicht zu unterschätzen ist. Es ist ein außerschulischer Lernort für seine Schülerinnen und Schüler. Am neuen Standort werden sie das Angebot wahrscheinlich nicht mehr aufsuchen.

Ein Mitglied vom Aktionsbündnis Horner Spitze fasst zusammen, dass die Voraussetzungen eine safte Bebauung und eine Ausgleichsfläche für den Verein KiWaWi waren. Die Fläche wird hingegen vollständig bebaut und der Vorstand vom Verein hat das angebotene Gelände als unzureichend erachtet. Sie ist zu klein, zu weit entfernt von ihren Nutzer:innen. Es hat laut ihm keine ausreichende Beschäftigung mit den Bedürfnissen des Vereins gegeben. Vor zwei Jahren hat das Aktionsbündnis eine Petition eingereicht. Die Entscheidung wurde mit Blick auf die Machbarkeitsstudie, die sich in der Bearbeitung befand, aufgeschoben. Er erwartet nun eine ergebnisoffene Behandlung der Petition.

Eine Anwohnerin sagt, dass es in der H.-H.-Meier-Allee in der Regel fünf Grad wärmer ist, als im Grüngelbiet.

Ein Mitglied vom Deichverband links der Weser fragt, wer der Sparkasse das Gelände verkauft hat. Es wurde zwar gesagt, dass die Universität all ihre Flächen selber braucht, aber nicht wofür. Der Deichverband ist zuständig für das Finden von Ausgleichsflächen. Sie sind verzweifelt auf der Suche nach geeigneten Flächen, dass sie sogar nach Niedersachsen ausweichen müssen.

Ein Bürger sagt, dass die Kriterien für die Studie zu einer anderen Zeit aufgestellt wurden. Mittlerweile hat sich die Klima- und Artenkrise verschärft. Die Stadt kann auf keinen Quadratmeter Grünfläche verzichten. Nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die ökologischen Auswirkungen müssen über die nächsten Jahrzehnte mit einberechnet werden. Eine Alternativlosigkeit gibt es nicht. Die Alternative liegt im Bestand.

Ein Bürger meint, dass es eine veraltete Denkweise ist, Ökonomie und Ökologie im Konflikt zueinander zu sehen. Ein Konflikt liegt aber eigentlich nicht vor, weil vorhandene Flächen weiterentwickelt werden können. Gerade Bremen sollte bei dem Thema vorangehen, weniger zu versiegeln, da sich Natur nicht kaufen lässt.

Herr Koppel (Sachkundiger Bürger) sagt, dass vor 40 Jahren der Technologiepark Ost entwickelt wurde. Eines der Gebäude steht noch, die Firma Siemens ist mittlerweile raus. Jetzt ist dort eine Schule eingezogen, die einen riesigen Parkplatz hat.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und dankt Frau Geßner für ihre Ausführungen und den zahlreichen Gästen für ihre Beiträge zur Diskussion.

Zu TOP 4: Anträge des Beirates

Herr Gülke stellt einen Geschäftsordnungsantrag, nur noch die vorliegenden Anträge unter den TOPs 4, 5 und 6 zu behandeln und alles andere zu vertagen.

Beschluss: Der Geschäftsordnungsantrag wird angenommen. **(einstimmig)**

4.1 Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter im Punkt Stadtteilbudget – Antrag der SPD (10.03.2025)

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe fordert die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft auf, § 10 Absatz 3 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter zu ändern und den Wirkungsbereich der Beiräte auf § 10 Absatz 1 Nr. 7 OBG zu erweitern.

Begründung:

Am 04.12.2024 ist eine Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter in Kraft getreten, die in seiner Begründung anführte, zukünftig Missverständnissen vorzubeugen und Rechtsklarheit mit Blick auf das sogenannte Stadtteilbudget zu schaffen.

Demnach soll das Stadtteilbudget ausschließlich auf den Verkehrsbereich beziehen. Dafür wurde § 32 Absatz 4 Satz 1 so angepasst, dass sich der Begriff „Stadtteilbudgets“ (Plural) in „Stadtteilbudget“ (Singular) änderte. Auf den entsprechenden Entscheidungsbereich sollte Bezug genommen, sowie die erforderlichen technischen Anpassungen an anderen Stellen im Ortsgesetz vorgenommen werden.

§ 10 Absatz 3 lautet seitdem wie folgt:

„(3) Der Beirat entscheidet über die Verwendung der stadtteilbezogenen Mittel im Stadtteilbudget gemäß § 32 Absatz 4 nach Maßgabe des Haushaltsplanes. Die Entscheidungshoheit für das Stadtteilbudget bezieht sich auf die in Absatz 1 Nummer 3 genannten Maßnahmen. Daneben sind Anträge auf Finanzierung von verkehrlichen Investitionsmaßnahmen im Beiratsbereich, wie beispielsweise die Sanierung von Geh- und Radwegen, aus dem Stadtteilbudget zulässig.“

Da sich der Wirkungskreis des Stadtteilbudgets Verkehr zuvor aber auch auf § 10 Absatz 1 Nr. 7 OBG bezog [Ausbau, Umbau, wesentliche Um- und Zwischennutzung und Benennung von öffentlichen Wegen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen, soweit diese stadtteilbezogen sind.], dieser in der Neufassung allerdings nicht mehr aufgelistet ist, können Maßnahmen des Stadtteilbeirates, die sich auf diesen Wirkungskreis beziehen, nicht mehr eigenverantwortlich realisiert werden. Eine zügige Änderung der Gesetzesgrundlage ist zwingend geboten.

(einstimmig)

4.2 Kita-Ersatzstandort in Horn-Lehe – Antrag der SPD (12.03.2025)

Beschluss: Nachdem sich der Fachausschuss Kinder und Bildung des Beirates Horn-Lehe zuletzt in seiner Sitzung am 7. November 2024 ausführlich mit der Situation des Elternvereins Murrel e.V. auf dem Gelände von Petri & Eichen beschäftigte, die Kündigung der Räumlichkeiten zum Sommer 2025 thematisierte und die Senatorin für Kinder und Bildung einstimmig aufforderte, die vier ab Sommer 2025 wegfallenden Gruppen der Kindertagesbetreuung in der Murrel umgehend in Horn-Lehe zu ersetzen, besteht nach Rücksprache mit einem Investor die Möglichkeit, am Standort Im Hollergrund durch Umbau eines Bestandsgebäudes in relativ kurzer Zeit – etwa 12 Monate Umbauzeit – einen Ersatzkita-Standort herzurichten.

Der Beirat fordert deshalb die Senatorin für Kinder und Bildung auf, den potentiellen Ersatzstandort Im Hollergrund zu prüfen, umgehend Gespräche mit dem Investor aufzunehmen und die Realisierung des Kita-Ersatzstandortes unter Beteiligung aller relevanten Institutionen wie beispielsweise Landesjugendamt und Gesundheitsamt in die Wege zu leiten. Die Zeit drängt und der Sommer 2025

naht. Bei Unterstützung des Vorhabens könnten die vier fehlenden Gruppen ab Sommer 2026 wieder in Horn-Lehe eröffnen. **(einstimmig)**

Zu TOP 5: Globalmittel – Vergabe von Beiratsmitteln

- BM 09/2025 - Erweiterung des Medienbestandes, Antrag Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e.V., Antrag über 1.500 € (gesamt: 3.189,05 €)

Beschluss: Der Beirat bewilligt 1.500,00 € aus Globalmittel für die Erweiterung des Medienbestandes für den Förderverein Bibliothek Horn-Lehe e.V. **(einstimmig)**

- BM 10/2025 - Erneuerung der Sitzbänke und Stühle auf dem Spielplatz in der Parkerweiterung, Stiftung Bremer Rhododendronpark, Antrag über 2.388,30 € (gesamt: 2.388,30 € plus Montage in Eigenleistung)

Beschluss: Der Beirat bewilligt 2.383,30 € aus Globalmitteln für die Erneuerung der Sitzbänke und Stühle auf dem Spielplatz in der Parkerweiterung für die Stiftung Bremer Rhododendronpark. **(einstimmig)**

Zu TOP 6: Wünsche, Fragen und Anregungen der Öffentlichkeit in Stadtteilangelegenheiten

- 6.1 Bürgerantrag zur Sicherstellung der Versorgung der Kinder in den Kindertagesstätten der Bremischen Evangelischen Kirche - Miriam Baierl (07.03.2025)

Hiermit beantragen wir, dass der Beirat Horn-Lehe die Senatorin für Kinder und Bildung auffordert,

1. auch weiterhin finanzielle Zuschüsse für die Vollküchen in den Kindertagesstätten der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) bereitzustellen, um deren Fortbestand zu sichern.
2. ein umfassendes Finanzierungskonzept vorzulegen, das langfristig eine angemessene und qualitativ hochwertige Essensversorgung für alle Kinder in den Kindertagesstätten gewährleistet.

Beschluss: Der Bürgerantrag soll mit der Bitte um Stellungnahme an die Senatorin für Kinder und Bildung geschickt werden. Der Antrag wird zur weiteren Behandlung an den Fachausschuss für Kinder und Bildung überwiesen. **(einstimmig)**

Mit Beschluss über den Antrag TOP 6.1 wurde dem Geschäftsordnungsantrag Genüge getan. Alle anderen Tagesordnungspunkte entfallen. Die Vorsitzende schließt die Sitzung.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Charlotte Eckardt
- Protokollführerin -

Ralph Draeger
- Beiratssprecher -